Paper-Reihe 3

Netzwerk Politikwissenschaft
der Hessischen Polizei

Die AfD und das neurechte Vorfeld – vereint zur Zerstörung der liberalen Demokratie?

Dr. Marvin Gamisch

Die AfD und das neurechte Vorfeld – vereint zur Zerstörung der liberalen Demokratie?

Herausgeber:

Netzwerk Politikwissenschaft der Hessischen Polizei (POLPOL)

Autor: Dr. Marvin Gamisch (Polizeipräsidium Frankfurt am Main)

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main dar. Für die Aussagen trägt allein der Autor die Verantwortung.

Redaktionsschluss: 09/2026

© Netzwerk Politikwissenschaft der Hessischen Polizei (POLPOL) und der Autor 2026

Inhalt

1. Einleitung ... 2
2. Die Neue Rechte als strategisches Netzwerk ... 4
3. Die Partei im strategischen Denken der Neuen Rechten ... 6
3.1 Die politischen Ziele und Maßnahmen der Neuen Rechten: Ethnische Homogenisierung und autoritärer Überwachungsstaat ... 6
3.2 Die neurechte Machtstrategie: Vorfeld und Partei als strategische Partner ... 8
4. Die AfD – eine Reconquista-Partei? ... 12
4.1 Die Zusammenarbeit von neurechtem Vorfeld und der AfD ... 12
4.2 Grenzen und Brüche in der Zusammenarbeit zwischen AfD und neurechtem Vorfeld ... 17
4.3 Die Tendenz zur fortgesetzten Radikalisierung der Gesamtpartei ... 20
4.4 Die AfD als institutionalisierter Widerspruch – funktionaler Baustein der Mosaik-Rechten und Teil des parlamentarisch-demokratischen Systems ... 22
5. Fazit ... 28
6. Literatur- und Quellenverzeichnis ... 31
6.1 Primärquellen ... 31
Neue Rechte: Szeneliteratur und Web-Inhalte ... 31
AfD ... 31
Offizielle Dokumente/Inhalte ... 32
Medienberichte ... 33
6.2 Fachliteratur ... 33

1. Einleitung

Die Wahlerfolge der Alternative für Deutschland (AfD) markieren einen tiefgreifenden Wandel des deutschen Parteiensystems. Mit 20,8 % der Stimmen bei der Bundestagswahl 2025 etablierte sich die Partei als zweitstärkste politische Kraft auf Bundesebene und verfügt mittlerweile über eine flächendeckende parlamentarische Verankerung in Bund, Ländern und zahlreichen Kommunen. In Sachsen-Anhalt verpasste sie bei der Landtagswahl nur äußerst knapp die absolute Mehrheit (Vgl. Landeswahlleiterin Sachsen-Anhalt 2026). In Wahlumfragen wird sie gegenwärtig bundesweit als stärkste politische Kraft gemessen. Die wissenschaftliche Debatte um die Einordnung der Partei bleibt dynamisch. Die Charakterisierungen der AfD reichen von rechtspopulistisch, autoritär national-radikal, populistisch radikal-rechts bis hin zu rechtsextrem (Vgl.: Schroeder/Weßels 2020; Heitmeyer 2018; Heinze 2022; Pfahl-Traughber 2020). Unverkennbar ist dabei, dass sie ohne ihre personellen Verflechtungen und ideologischen Schnittmengen zur Neuen Rechten nicht erklärt werden kann.

In der Forschung steht die Partei selbst und ihr Verhältnis zum neurechten Vorfeld und anderen rechtsextremen Milieus im Mittelpunkt (Vgl.: Kleinert 2018; Knüpfer/Klinger 2025; Pfahl-Traughber 2019). Hier soll hingegen die Perspektive umgedreht werden: Welche Bedeutung misst die Neue Rechte der AfD innerhalb ihrer eigenen politischen Strategie bei? Diese Verlagerung eröffnet einen anderen analytischen Zugang. Denn sie rückt die Partei nicht primär als autonome politische Akteurin in den Mittelpunkt, die durch rechtsextreme Milieus beeinflusst wird, sondern als Bestandteil eines neurechten Machtprojekts, das einen umfassenden gesellschaftlichen und politischen Systemwandel anstrebt, der in der Abschaffung des liberalen demokratischen Rechtsstaats gipfeln soll.

Die zentrale Frage dieses Papers lautet daher: Welche strategische Funktion nimmt die AfD innerhalb der langfristigen Machtkonzeption der Neuen Rechten

ein und inwieweit erfüllt sie diese Funktion bereits? Ausgangspunkt ist damit nicht die Partei selbst, sondern das strategische Denken derjenigen Kräfte, die innerhalb der Neuen Rechten den Anspruch erheben, einen grundlegenden politischen und kulturellen Wandel in Deutschland herbeiführen zu wollen.

Für diese Fragestellung stehen neurechte Primärquellen zur Verfügung, die das Thema unmittelbar adressieren. Mit Benedikt Kaisers „Die Partei und ihr Vorfeld“ (Vgl. Kaiser 2022) wie auch Martin Sellners „Regime Change von rechts“ (Vgl. Sellner 2023) und „Remigration“ (Vgl. Sellner 2024) haben führende Köpfe der Neuen Rechten ihre strategischen Vorstellungen in Bezug auf die AfD offen dargelegt. Gleichwohl fehlt bislang eine systematische wissenschaftliche Analyse dieser Texte mit Blick auf deren Konzeption der Partei.[1] Hier setzt die vorliegende Untersuchung an. Besonders in Sellners Buch „Regime Change von rechts“ haben die jüngeren neurechten Diskurse eine konzise Verdichtung hin zu einer politischen Handlungsstrategie erfahren.

Die Primärtexte sollen im Sinne der Ideologierekonstruktion nach Freeden untersucht werden. Das heißt, dass die neurechte Ideologie als ein soziales Produkt verstanden wird, das spezifische Sichtweisen auf die Welt zusammenbindet und kollektives Handeln zur Erreichung ihrer Ziele ermöglichen soll (Vgl. Freeden 2006). Dementsprechend werden die wesentlichen Sinnstrukturen und Narrative neurechter Politikvorstellungen und eine Handlungsstrategie zu deren Verwirklichung analysiert. Anschließend erfolgt ein Überblick, inwieweit die AfD substanzielle Beiträge zu dieser Handlungsstrategie leistet.

Die zentrale These dieses Working-Papers lautet, dass die AfD aus neurechter Sicht einen integralen Bestandteil eines arbeitsteilig organisierten

1 Es existieren bisher einige wenige Publikationen, die sich allgemein mit Sellners und Kaisers Primärtexten auseinandersetzen, aber nicht auf das Verhältnis zwischen Vorfeld und Partei fokussiert sind (Vgl.: Kellersohn 2024; Rupert-Karakas 2024). Funke widmet Sellners Remigrationsplan ein kurzes Kapitel als sog. Masterplan für die AfD (Vgl. Funke 2024). Langer u.a. decodieren die *Dog-Whistle*-Politik in Sellners Buch „Remigration“, indem vermeintlich neutrale Begrifflichkeiten genutzt werden, um exkludierende, rassistische und antisemitische Botschaften für ein spezifisches ideologisiertes rechtsextremes Publikum zu setzen (Vgl. Langer u.a. 2026). Adorf zeigt, wie das Vorfeld zur Radikalisierung der AfD beigetragen hat (Vgl. Adorf 2026).

Machtprojekts darstellt und tatsächlich in diesem Sinne bereits essenzielle Funktionen übernimmt. Dabei wird eine metapolitische Strategie verfolgt, weshalb sich die Rolle der Partei weder in Wahlerfolgen noch in parlamentarischer Repräsentation erschöpft.

2. Die Neue Rechte als strategisches Netzwerk

Die Neue Rechte ist keine einheitliche Organisation, sondern ein Netzwerk unterschiedlicher Personen, Gruppen, Institutionen und Milieus, die durch gemeinsame ideologische Grundannahmen verbunden sind. Die wissenschaftliche Einordnung der Neuen Rechten fällt daher auch unterschiedlich aus. So wird ihr etwa eine Brücken- und Scharnierfunktion vom Rechtsextremismus zum Konservatismus (Vgl.: Gessenharter 2004), der Charakter einer Filiation des Konservatismus (Vgl. Schilk 2024) oder eine dezidierte Zuordnung zum Rechtsextremismus (Vgl.: Keßler 2018; Terizakis/Denker 2025a) zugeschrieben. Hier wird ein Bereich herausgestellt, der immer auch Teil der verschiedenen neurechten Erscheinungsformen gewesen ist: nämlich der Versuch, den Rechtsextremismus angesichts der grundlegenden Delegitimierung der nationalsozialistischen Rassenideologie nach der Kriegsniederlage 1945 zu erneuern.

Während sich neonazistische Gruppierungen in unmittelbarer Traditionslinie zum Nationalsozialismus verorten oder andere rechtsextreme Gruppierungen eine offene Distanzierung nicht vornehmen, distanziert sich die Neue Rechte formal vom Nationalsozialismus und der sogenannten Alten Rechten (Vgl. etwa Sellner 2023, 56-59). Georgios Terizakis und Kai Denker empfehlen daher die vergleichende Faschismusforschung als adäquates Forschungsparadigma, da so die Kontinuität zu faschistischen Bewegungen und deren Methoden nicht verwischt werde (Vgl. Terizakis/Denker 2025b, 26f.). Roger Griffin hatte als „faschistisches Minimum“ einer Faschismus-Definition den Begriff des „palingenetischen Ultranationalismus“ geprägt, worunter die Idee zu verstehen ist, dass aus behaupteter Dekadenz und behauptetem Verfall der liberalen Demokratie eine revolutionäre Bewegung eine nationale Wiedergeburt einleiten solle (Vgl. Griffin 2010, 58). Diesem Ansatz wird hier gefolgt.

Demnach vertritt die Neue Rechte seit spätestens Anfang der 1970er Jahre den Anspruch, rechtsextreme Politik unter den Bedingungen der liberalen Demokratie zu modernisieren und strategisch neu auszurichten. Diese Anpassung bezieht sich vor allem auf die Formen und die Sprache; inhaltlich stellen die Ablehnung des liberalen Universalismus, die Zurückweisung pluralistischer Gesellschaftsvorstellungen durch die Forderung nach ethnokultureller Homogenität sowie Geschichtsrelativismus wesentliche Konstanten dar.[2]

Das neurechte Netzwerk, welches gegenwärtig die liberale Demokratie zerstören will, gruppiert sich um einige Schlüsselorganisationen: Dazu gehören die Nachfolgeorganisationen des Instituts für Staatspolitik (IfS)[3], die gemeinsam mit dessen Antaios-Verlag und der Zeitschrift Sezession die wichtigsten neurechten Foren für Ideologieproduktion, Politikformulierung und Strategieentwicklung bilden. Flankiert wird der Thinktank durch die aktivistische Identitäre Bewegung, den Verein Ein Prozent, der Ressourcen für den neurechten Aktivismus bereitstellt, sowie COMPACT als Medium für ein Massenpublikum. Zwischen diesen Organisationen bestehen enge personelle Verflechtungen und Funktionsüberlappungen.[4]

Samuel Salzborn hatte bereits 2017 darauf hingewiesen, dass die Neue Rechte vor einer grundsätzlichen strategischen Entscheidung stehe: zwischen der Strategie der unbedingten Parlamentarismusabstinenz und der Fokussierung auf die Intellektualisierung im Bereich der Kultur, die sie lange Zeit vorrangig betrieb, und der des gesellschaftlichen Einflussgewinns mit Hilfe einer Partei in Parlamenten (Vgl. Salzborn 2017, S. 45). Bei aller Autonomie, die die Neue Rechte gegenüber Parteien erhalten will, ist diese Grundfrage

2 Für eine detaillierte Nachzeichnung der organisationellen Entwicklung: vgl. Langebach/Raabe 2016. Für den Nachvollzug der ideengeschichtlichen Entwicklung, insbesondere für die Bedeutung der Konservativen Revolution und des Einflusses der französischen Nouvelle Droite: vgl. Weiß 2017.

3 Für eine flüssigere Darstellung wird hier weiter die Bezeichnung „Institut für Staatspolitik“ (IfS) verwendet, gemeint sind damit auch die Nachfolgeorganisationen.

4 Die genannten Organisationen finden sich alle auch im Verfassungsschutzbericht des Bundes wieder: Vgl. Bundesministerium des Innern 2026.

momentan durch Sellner und Kaiser sehr eindeutig beantwortet worden, wie im nächsten Kapitel zu zeigen ist.

3. Die Partei im strategischen Denken der Neuen Rechten

3.1 Die politischen Ziele und Maßnahmen der Neuen Rechten: Ethnische Homogenisierung und autoritärer Überwachungsstaat

Das Ziel neurechter Politik formuliert Sellner wie folgt: „Das Hauptziel jeder deutschen Politik ist daher die Rettung der ethnokulturellen Identität vor ihren innenpolitischen Feinden“ (Sellner 2023, 19). Alle anderen politischen Fragen verblassen gegenüber dieser Frage, denn es drohe nichts Geringeres als die totale Existenzvernichtung (Vgl. Sellner 2023, 19). Hier besteht eine klare Kontinuität zu den Begriffen des „Volkstods“ bzw. der „Umvolkung“, die im Rechtsextremismus eine lange Tradition haben. Der erste Begriff gehörte auch zum gängigen Vokabular des Nationalsozialismus (Vgl. Botsch/Kopke 2019).

Der Grund für die drohende Vernichtung des deutschen Volkes liegt laut Sellner in der aktuellen deutschen Bevölkerungs- und Identitätspolitik. Dabei bezieht er sich auf die Verschwörungserzählung des „Großen Austauschs“ des französischen Neurechten Renaud Camus, wonach die weißen europäischen Bevölkerungen durch Migration systematisch ausgetauscht werden sollen. Bei der Identitätspolitik greift er die deutsche Erinnerungskultur, die die Verfolgten und Ermordeten der NS-Diktatur in den Mittelpunkt stellt, frontal als „Schuldkult“ an, der jede positive Nationalidentität unterminiere (Vgl. Sellner 2024, 23).

Daraus folgt für ihn einerseits eine Hervorhebung der deutschen Identität mit Bezug auf klassische nationalistische Mythen und andererseits eine Politik der „Remigration“. Letztere stellt ein umfangreiches Verdrängungsprogramm dar, welches seiner Schätzung nach 9,5 Millionen in Deutschland lebende Menschen betreffen könnte. Es umfasst nicht nur die massenweise Vertreibung von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und die Aushebelung der europäischen und völkerrechtlichen Asylrechtsnormen, sondern betrifft auch Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Sellner spricht hier von „nicht-assimilierten Staatsbürgern“, laut seiner Schätzung 2 Millionen Menschen.

Dabei definiert er die störende Gruppe als „afro-arabische muslimische Parallelgesellschaften“ (Vgl. Sellner 2024, 56-66 u. 82).

Bei Verurteilungen wegen Sexual- oder Gewaltverbrechen (auch auf Bewährung) sollten Deutsche mit doppelter Staatsbürgerschaft ausgebürgert werden (Vgl. Sellner 2024, 98f.). Demnach wird neben der unbestrittenen strafrechtlichen Sanktion das Staatsbürgerrecht als zusätzliche Bestrafung instrumentalisiert, was aus historischen Gründen vom Grundgesetz ausgeschlossen wurde. Damit wird die Rechtsgleichheit unmittelbar angegriffen, denn Menschen, die ausschließlich die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, drohte eine solche zusätzliche Bestrafung nicht.

Der Großteil der Maßnahmen gegen „nicht-assimilierte Staatsbürger“ betrifft neben Anreizen zur Ausreise die Ausübung eines permanenten Verdrängungsdrucks durch „Leitkultur“. In der Öffentlichkeit sollte keine Sprache außer Deutsch gesprochen werden, sogenannte „fremde Kulturen“ und „fremde Religionen“ wären im öffentlichen Raum verboten. Sellner versteht Deutschland als rein christliche Nation. In Brennpunkten mit hohem Anteil von Deutschen mit Migrationshintergrund in Großstädten soll Bürgergeld nur noch als Sachleistung gewährt und ein Arbeitszwang eingeführt werden (ausländische Staatsangehörige erhielten generell keine Sozialleistungen mehr). Die aus Sellners Sicht einheimischen Deutschen, die eventuell auch dort leben könnten, müssten dann von privaten „patriotischen“ Initiativen vor Armut und Not geschützt werden (Vgl. Sellner 2024, 72-73, 75 und Fn. 88). Sellner markiert und homogenisiert Menschengruppen vor allem mit bestimmten Merkmalen (Herkunft und Religion), stellt darüber hinaus aber auch grundsätzlich Freiheitsrechte für alle Menschen in Deutschland in Frage.

Seinen Höhepunkt würde eine solche Politik mit der Gründung eines staatlichen Instituts erreichen, das den Assimilationsgrad der Deutschen überwachen soll. Dabei sollen nicht nur Strukturdaten der Bevölkerung erhoben, sondern auch Individuen geprüft werden: in welchen Freundeskreisen man sich bewege, welche Sprache(n) man privat spreche, welche religiösen Praktiken man ausübe, welche Parteien man wähle etc. Die Informationen könne man etwa über Recherchen in den sozialen Netzwerken erheben (Vgl. Sellner 2024, S. 44f.). Sellner beschreibt nicht näher, welche Konsequenzen für

„Nicht-Assimilierte“ folgen würden; gemessen an seinen Ausführungen drohte ihnen wohl mindestens gezielter politischer Assimilations- bzw. Verdrängungsdruck.

Was Sellner hier plant, ist also nichts anderes als ein nationalistisch-autoritärer Überwachungsstaat, der Individuen in „nicht-assimiliert“ und „assimiliert“ einteilen soll. Solche Vorstellungen sind nur unter Zerstörung der garantierten Freiheitsrechte möglich (u.a.: Menschenwürde in Verbindung mit Demokratieprinzip, persönliche Freiheit, Rechtsgleichheit, Diskriminierungsverbot, Religionsfreiheit). Im Urteil zum COMPACT-Verbotsverfahren erklärte das Bundesverwaltungsgericht Sellners Vorstellungen bereits für „verfassungswidrig“ (Vgl. BVerwG 2025, Rn. 97). Diese politischen Pläne zielen auf die langfristige Zerstörung des freiheitlichen Verfassungsstaates. Dieser Befund steht im klaren Kontrast zu Sellners eigenen Verlautbarungen, wonach sein Konzept mit dem Grundgesetz vereinbar sei (Vgl. bspw. Sellner 2024, 66f.).

3.2 Die neurechte Machtstrategie: Vorfeld und Partei als strategische Partner

Sellners Vorstellungen sind nicht umsetzbar ohne den Zugriff auf politische Macht im engeren Sinne, das heißt kollektiv verbindliches Handeln durch den Staat und seine Organe. Allerdings ist die neurechte Strategie nicht darauf ausgerichtet, um jeden Preis sofort die Regierung zu übernehmen. Für Sellner gibt es ein Szenario, das aufzeigt, wie wenig Wert eine bloße parlamentarische Mehrheit bzw. Regierungsbeteiligung für die neurechte „Sache“ hätte. Denn wäre die Gesellschaft um das politische System herum, das heißt Bildungsinstitutionen, Zivilgesellschaft, Medien, Kultur etc., einer solchen Mehrheit nicht wohlgesonnen, würde eine neurechte Regierung nichts bewegen können und bald wieder abgewählt werden. Als Beispiele führt Sellner die bisherigen Regierungsbeteiligungen der FPÖ auf Bundesebene in Österreich an (Vgl. Sellner 2023, 108-110).

Neurechte vertreten deshalb eine Strategie der Metapolitik. Durch Zweckentfremdung von Ideen der Marxisten Gramsci und Althusser geben sie der

eigentlichen Macht einen anderen zentralen Ort als den in offiziellen politischen Entscheidungsgremien: die kulturelle Hegemonie. Parlamente spiegeln demnach nur Kraftverhältnisse wider, die bereits in den vorpolitischen Räumen existieren (Vgl. Sellner 2023, 42-48). Demnach müssten neurechte Vorstellungen bereits die Gesellschaft durchdrungen haben, ehe sich politische Macht im engeren Sinne auch in neurechte Politik umsetzen ließe. Die Idee eines ethnisch homogenen Volkes müsste also bereits große Zustimmung in der Bevölkerung besitzen. Es müsste flächendeckend Jugendgruppen geben, die neben Freizeitaktivitäten die Bedeutung der Nation und die Gefahr von Migration vermitteln. In Vereinen würde deutsches Brauchtum mit politischem Subtext gepflegt. Neurechte Social-Media-Kanäle müssten bereits über eine enorme Anhängerschaft verfügen und Musik/Marken/kulturelle Codes aus der neurechten Szene müssten allgemein verbreitet sein. Genau das wäre der Sinn von Metapolitik: die Verbreitung und Normalisierung neurechten Gedankenguts in der Alltagskultur, sodass es zur dominierenden Anschauung wird. Es handelt sich also um eine langfristige Strategie zur Zersetzung der freiheitlich-pluralistischen Gesellschaft. Der gesellschaftliche Diskurs soll dafür sukzessive zu rechtsextremen Vorstellungen verschoben werden.

Für diesen metapolitischen Kampf wird erneut eine Idee aus dem linken Spektrum adaptiert: die Organisationsform des Mosaiks. Nicht zuletzt aufgrund des Prozesses der gesellschaftlichen Differenzierung und Individualisierung ist die Massenbewegung mit einheitlicher Führung nicht mehr realistisch. Eine Mosaikstruktur erlaubt es hingegen, verschiedene Teile (bspw. Milieus/Subkulturen) unter Wahrung ihrer Eigenheiten und Unabhängigkeit für das gemeinsame Ziel zu mobilisieren. Dieses Mosaik umfasst die Partei und das Vorfeld ‚eventuell auch noch weitere Milieus als Resonanzraum wie bspw. „patriotische Fanstrukturen“ z.B. im Fußball (Vgl. Kaiser 2024, S. 36-42). Das Vorfeld ist dabei ein Unterstützungsfeld, das den metapolitischen Kampf vorantreibt durch Vernetzungsstrukturen, Theoriearbeit, politischen Aktivismus und Medienarbeit. Die unter Punkt 2. genannten Organisationen sind Beispiele dafür. Vorfeld und Partei verhalten sich komplementär zueinander, insbesondere weil sie verschiedene Rollen einnehmen. Das Vorfeld kann bspw. sehr viel

provokativer mit Aktionen oder politischen Positionen wirken, während die Partei durch ihre formale Rolle in Parlamenten einen eingeschränkteren Spielraum hat.

Aus wie vielen Teilen das Mosaik auch bestehen mag, braucht es laut Kaiser doch ein Zentrum, welches Orientierung bietet und über den Minimalkonsens des „rechten Lagers“ wacht. Die Partei als größter Mosaikstein ist allerdings auch der unsicherste Kantonist, anfällig für Domestizierung durch das parlamentarische System (Vgl. Kaiser 2024, S. 53 u. 64-73). Als Zentrum wäre sie daher ungeeignet, nicht zuletzt deshalb liegt die Korrektivfunktion beim Vorfeld und hier bei einer solchen Organisation, die strategiefähig ist und Strategiedebatten unabhängig vom Parlamentarismus führen kann. Prädestiniert dafür scheint das Institut für Staatspolitik.

Sellner unterscheidet daher zwei grundsätzliche Strategien als konträr zueinander: den Parlamentspatriotismus und die Reconquista-Strategie. Ersterer beruht auf der gängigen Logik der Stimmenmaximierung im parlamentarischen System. Die Partei konzentriert alle Ressourcen auf den Wahlerfolg. Laut Sellner beschränkt sie sich dann auf das Protestwellenreiten anhand der Symptome des „Großen Austauschs“ wie Migrantenkriminalität, Islamisierung etc. Demgegenüber agiere sie im Reconquista-Modus im Sinne der langfristigen Metapolitik (Vgl. Sellner 2023, S. 74-76). Die Ressourcen sollen auch für die Erringung der kulturellen Hegemonie eingesetzt werden. Das heißt im Einzelnen:

1. **Finanzielle Ressourcen**
   Bspw. durch Anstellung bei Abgeordneten, durch Vergabe von Aufträgen an neurechte Agenturen[5], durch Spenden etc.

2. **Vergünstigte bzw. spezifische Dienstleistungen**
   Bspw. durch Druckerei, Rechtshilfenetzwerk, Sicherheitsunternehmen für das Vorfeld etc.

5 Sellner nennt die Anstellungen und Vergabe von Aufträgen nicht ausdrücklich, sie folgt aber aus seiner Logik einer Reconquista-Partei.

3. **Unterstützung im Bereich Bildung/Wissenschaft**

   Durch die Bildung einer akademischen Gegenelite: Stipendien, Einrichtung neurechter Bildungszentren an großen Hochschulstandorten, Förderung genehmen wissenschaftlichen Personals etc.

4. **Politische Flankierung des Vorfelds**

   Durch Eintreten für Meinungsfreiheit und gegen sogenannte „Meinungsparagraphen“ wie § 130 StGB (Volksverhetzung) oder §§ 86/86a StGB (Verbreiten von Propagandamitteln/Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen), politische Unterstützung neurechter Begriffe/Narrative, Solidarisierung mit Personen aus dem neurechten Aktivismus sowie Abwehr der Zivilgesellschaft, die sich Neurechten in den Weg stellt.

Auch in der Reconquista-Strategie bleibt der Ressourceneinsatz für Wahlkämpfe essenziell, um die Beteiligung an parlamentarischer Arbeit zu erreichen und die o.g. Unterstützungen auch leisten zu können. Der Unterschied ist, dass bspw. für den metapolitischen Kampf zur Durchsetzung bestimmter Begriffe in Kauf genommen wird, dass man Teile der Wählerschaft nicht mobilisieren kann (Vgl. Sellner 2023, 207-211). Die Frage, die sich daraus ableitet, ist, ob und inwiefern die AfD eine Reconquista-Partei ist oder nicht.

Tabelle 1. Leitstrategien nach Sellner (2023)

	Leitstrategie „Reconquista“	Leitstrategie „Parlamentspatriotismus“
Hauptziel	Eroberung der kulturellen Hegemonie in der Gesellschaft (in der Alltagskultur dominieren neurechte Narrative)	Stimmenmaximierung bei Parlamentswahlen (ohne grundlegenden Wandel des „herrschenden Diskurses“)
Fokus der Ressourcen	Wahlkämpfe und Eroberung des Ideologischen Staatsapparats (Universitäten, Medien, soziale Einrichtungen, Vereine, NGOs, Kunst, Kultur etc.)	Exklusiv auf Eroberung des Repressiven Staatsapparates (Parteiarbeit und Erlangung parlamentarischer Mehrheiten durch Wahlkämpfe)
Vorgehensweise	Normalisierung neurechter Begriffe und Narrative („Ethnopluralismus“, „Remigration“, „ethnokulturelle Homogenität“, „Großer Austausch“, „ethnische Wahl“ etc.)	Kritik an Oberflächen- und Begleitphänomenen des „Bevölkerungsaustauschs“ (Islamisierung, Kriminalität, Sozialmissbrauch)
Methoden	• Non-violent action (Aktivismus) • Je nach Reaktion des Repressiven Staatsapparates: • Social Change („Orbanisierung“) • Regime Change („Maidanisierung“)	Interne Kritik (Parlamentarismus) Kritik innerhalb des herrschenden Diskurses, die ihn nicht grundsätzlich in Frage stellt („Stopp der Massenmigration zum Schutz sexueller und religiöser Minderheiten“)
Inhalte	„Bevölkerungsaustausch“ als entscheidende politische Frage: grundlegende Änderung der dt. Bevölkerungs- („Remigration“) und Identitätspolitik („Deutsche Mythen, Deutsche Nation“ statt „Schuldkult“)	Begleitphänomene des „Bevölkerungsaustauschs“: Thematisierung bspw. von Islamisierung, Kriminalität, Sozialmissbrauch
Prognose	Nachhaltige Veränderung der herrschenden Ideologie: parlamentarische Mehrheit und metapolitischer Rückhalt zum Aufhalten des „Bevölkerungsaustauschs“	Strategieloses rechtspopulistisches „Protestwellenreiten“: Distanzierung vom neurechten Vorfeld; Partei in Regierungsverantwortung wird vom ihr feindlich gesinnten Ideologischen Staatsapparat paralysiert. Keine nachhaltige Veränderung, „Bevölkerungsaustausch“ findet weiter statt.

Quelle: Eigene Darstellung nach Sellner (2023).

4. Die AfD – eine Reconquista-Partei?

4.1 Die Zusammenarbeit von neurechtem Vorfeld und der AfD

Führungspersonen der AfD bekennen sich mitunter sehr offen zur Zusammenarbeit mit dem neurechten Vorfeld. Der AfD-Fraktionsvorsitzende im Brandenburger Landtag Christoph Berndt sagte etwa bei einer Wahlkampfveranstaltung:

> „Wir können, liebe Freunde, nur eine wirkliche Alternative für Deutschland sein, wenn wir im lebendigen Austausch mit dem Vorfeld sind, einem Austausch unter Gleichrangigen wohlgemerkt. Und deshalb, ob Junge Alternative, COMPACT oder Ein Prozent, ob Schnellroda, Pegida oder Zukunft Heimat:

> Wir unterwerfen uns keinem Diktat verfassungsfeindlicher Verfassungsschützer. Wir distanzieren uns nicht! Wir halten zusammen und wehren uns zusammen!“
>
> (Berndt 2024, Min. 09:14-09:51).

Der Thüringer AfD-Co-Vorsitzende und -Fraktionsvorsitzende Höcke äußerte bei einer AfD-Großdemo:

> „Danke an die treuen Mitstreiter des Vorfeldes, die heute hier sind. Ich habe das COMPACT-Magazin gesehen, ich habe die Kehre gesehen, ich habe auch Ein Prozent gesehen. Liebe Freunde, es ist toll, dass ihr hier seid und gemeinsam mit uns, der AfD, dieses Zeichen für Einigkeit und Recht und Freiheit setzt. Ja, wir sind die Partei, aber ohne Vorfeld sind wir nichts, liebe Freunde.“
>
> (Höcke 2022, Min. 41:29-41:51)

Obwohl die Partei als Ganze nicht das strategische Zentrum sein kann, bleibt sie doch der größte Stein im rechten Mosaik. Ein Gravitationszentrum ist sie insofern, als ihre schiere Masse anziehend wirkt: die Masse an Ressourcen und an politischem Einfluss.

Hier sind etwa die finanziellen Ressourcen zu nennen. Durch Wahlerfolge kann sie in großem Maße an der staatlichen Parteienfinanzierung teilhaben, auch ihre Fraktion und die Abgeordneten selbst erhalten erhebliche Summen an Steuergeld. Monatlich kommen die aktuell 151 AfD-Abgeordneten im Bundestag zusammen auf ein Personalbudget von 4 Mio. €, jährlich 48,3 Mio. € (Vgl. Deutscher Bundestag 2025). Hinzu kommen die Abgeordneten der Landtage, die Budgets der Fraktionen und der Partei selbst. Für das neurechte Vorfeld ergibt sich hier eine ergiebige Einnahmequelle, wenn es zur Mitarbeit bei Abgeordneten angestellt wird. Eine Karriere, auch für Menschen mit Hochschulabschluss, wird daher für das rechtsextreme Milieu möglich wie nie zuvor. Tatsächlich befinden sich prominente Neurechte in Arbeitsverhältnissen bei der AfD. Erik Lehnert, der Leiter der Szenezeitschrift Sezession, ist Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion Brandenburg. Der hier bereits zitierte Benedikt Kaiser leitet das Büro des AfD-Bundestagsabgeordneten Robert Teske (Vgl.: T-online 2025; Landtag Brandenburg o.J.). Da es sich um private Arbeitsverhältnisse handelt, ist die genaue Anzahl Neurechter bei der AfD nicht bekannt. Für die vorangegangene Legislaturperiode kam eine Recherche

des Bayerischen Rundfunks auf über 100 Beschäftigte aus dem rechtsextremen Spektrum bei AfD-Bundestagsabgeordneten (Vgl. Tagesschau.de 2024a). Diese personellen Verflechtungen wirken umgekehrt natürlich in die Partei hinein, sodass zwischen Partei und Vorfeld Verbindungspersonen wirken können.

Die AfD kauft außerdem bei neurechten Unternehmen Dienstleistungen ein, so etwa bei der Tannwald Media AG des ehemaligen IB-Aktivisten Malenki, die Werbedienstleistungen anbietet (Vgl. Tagesschau.de 2024b). Das Filmkunstkollektiv, das etwa einen Werbefilm für Höcke realisierte, erhält Spenden aus den Reihen der AfD (Vgl. Taz 2025). Es handelt sich um ein symbiotisches Verhältnis, die neurechte Szene kann passgenaue Dienstleistungen mit gewünschter ideologischer Ausrichtung für die Partei anbieten und sich davon finanzieren. Zur finanziellen Solidarisierung etwa bei Strafverfahren eignet sich die Querfinanzierung über Ein Prozent. Der Verein unterhält einen Solidaritätsfonds für den neurechten Aktivismus. Nach eigenen Angaben hat der Fonds seit September 2021 133.924,22 Euro ausgezahlt und wird von 40.000 Menschen unterstützt (Vgl. Ein Prozent 2026). Auch einflussreiche Personen aus der AfD haben gespendet (Vgl. etwa: Ein Prozent 2022). Manche von ihnen bekennen sich proaktiv dazu, bspw. das Bundesvorstandsmitglied Hannes Gnauck (Vgl. Gnauck 2021). Das genaue Ausmaß der Finanzflüsse ist jedoch unbekannt.

Die AfD stellt auch Infrastruktur für den neurechten Aktivismus bereit. Dazu zählte etwa das „Zentrum Rheinhessen“ und seit dessen Schließung der „Treffpunkt Nordpfalz“ in Rheinland-Pfalz. Auch das sogenannte „Nest“, das Dortmunder Bundestagsbüro des AfD-Bundestagsabgeordneten Helferich, zählt dazu (Vgl.: Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz 2025; Ein Prozent 2023). Hier können Veranstaltungsräume genutzt werden, gemeinsame Veranstaltungen mit der AfD stattfinden und neue Zielgruppen mit neurechten Inhalten vertraut gemacht werden. Der rheinland-pfälzische AfD-Vorsitzende Sebastian Münzenmaier veröffentlichte kürzlich ein Strategiepapier, wonach gemäß dem Modell „Treffpunkt Nordpfalz“ in allen Wahlkreisen des Bundeslandes solche Zentren aufgebaut werden sollen. Die

Zusammenarbeit mit dem neurechten Vorfeld wird darin als integraler Bestandteil genannt (Vgl. Münzenmaier 2026, S. 2).

Die Unterstützung des neurechten metapolitischen Kampfes in Bildung und Wissenschaft ist hingegen bisher eingeschränkt. Die Gründung neurechter studentischer Hochschulgruppen mit AfD-Nähe gelang bisher nur punktuell und zeitlich begrenzt. Die Einflussnahme auf die akademische Selbstverwaltung scheitert in der Regel (Vgl. etwa: Bayerisches Staatsministerium für Kunst und Wissenschaft 2020). Allerdings bieten Burschenschaften ein sehr gutes Reservoir für akademisch gebildete Nachwuchskräfte. Sie weisen meist eine große Affinität zur Neuen Rechten auf und sind oft Bindeglieder zwischen Parteistrukturen und Vorfeld. In der Partei üben sie in Gestalt des Münzenmaier-Netzwerkes einen enormen Einfluss auf Abstimmungen und Personalbesetzungen aus (Vgl. Gesellschaft für Freiheitsrechte 2026, S. 255-270). Die Förderung des akademischen Nachwuchses durch Stipendien der Desiderius-Erasmus-Stiftung ist hingegen blockiert, da die Stiftung bisher keine staatliche Finanzierung erhält. Menschen mit wissenschaftlicher Qualifikation wurden etwa von der AfD Brandenburg mit Gutachten beauftragt, die die Auswirkungen des Klimawandels relativieren sollten (Vgl. Landesregierung Brandenburg 2025).

Die politisch-ideelle Stärkung des Vorfeldes leistet die AfD in mehrfacher Hinsicht. Ihre parlamentarischen Kontrollrechte kann sie etwa durch Kleine Anfragen und Aktuelle Stunden nutzen, um die Teile der Zivilgesellschaft anzugreifen, die sich neurechten Ideen entgegenstellen. Gegenüber ihr nicht genehmen NGOs droht sie mit Entziehung der staatlichen Finanzierung. Beispielhaft dafür ist die pauschale Infragestellung des Programms „Demokratie leben!“ (Vgl. Deutscher Bundestag 2026). Grundsätzlich verschafft sie mit der Delegitimierung politischer Bildungsangebote den neurechten Kräften in der metapolitischen Auseinandersetzung bessere Ausgangsbedingungen (Vgl. etwa: Büttner u.a. 2026). Darüber hinaus kann sie über das parlamentarische Anfragerecht Informationen erfragen und zur Verfügung stellen, welche für die neurechte Szene hochrelevant für die Auseinandersetzung sein können. Nicht zuletzt spielt sie eine große Rolle für das, was Sellner als „lexikalischen Häuserkampf“ (Sellner 2023, 169f.) bezeichnet. Dabei handelt es sich um einen

wesentlichen Bereich der Metapolitik. Ziel ist es, die Begriffe des „politischen Feindes“ zu delegitimieren und vor allem die eigenen in der politischen Debatte zu verankern und als legitime Politikoptionen zu etablieren. Dafür ist „Remigration“ ein gutes Beispiel. Nachdem der Begriff durch die Neue Rechte von seiner ursprünglichen Bedeutung aus der Exil- und Migrationsforschung entfremdet und umgedeutet (sog. Resignifikation) und, wie bereits beschrieben, auch mit der Verdrängung von Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft verbunden worden war, ist er Teil der allgemeinen politischen Debatte geworden. Vor allem deshalb, weil die AfD ihn offen verwendet und im politischen Diskurs stützt. Begrifflich ist es ein metapolitischer Raumgewinn der Neuen Rechten. Obgleich die Partei auf Bundesebene betont, dass sie in keiner Weise einen Unterschied zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund macht, wird Sellners Konzept weiterhin durch gemeinsame Auftritte legitimiert (Vgl. dazu: AfD 2024; Haseloff 2026). Die formale Abgrenzung wird also systematisch durch Teile der Partei konterkariert.

Auch in der offiziellen Programmatik hält die AfD den selbst auferlegten Anspruch allerdings nicht konsequent durch. Im Bundestagswahlprogramm 2021 setzte sie sich etwa noch für die Rücknahme einer Einbürgerung bis zu zehn Jahre danach in Fällen schwerer Kriminalität oder Mitgliedschaft in einer Terrororganisation ein (Vgl. AfD 2021, 77f.). Die AfD Sachsen-Anhalt forderte in ihrem Landtagswahlprogramm 2026 die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft für „Schwerkriminelle“ bei Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft und die anschließende Abschiebung in deren „Heimatland“ (Vgl. AfD Sachsen-Anhalt 2026, 39). Entgegen ihrer eigenen Erklärung macht die Partei rechtlich also sehr wohl einen Unterschied zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund und sieht auch die Abschiebung von Personen deutscher Staatsangehörigkeit vor. Im Falle des Landesprogramms von Sachsen-Anhalt ist keine Abgrenzung gegenüber Sellners Position zu erkennen. Trotz der oben erwähnten Erklärung bleibt dies ohne jede Konsequenz.

Es ist ersichtlich, dass die AfD wesentliche Funktionen für den metapolitischen Kampf der Neuen Rechten ausfüllt, wenn sie auch ihre Potenziale noch nicht voll ausschöpft. Sie kann daher als Reconquista-Partei im Sinne Sellners bezeichnet werden. Neue Rechte und sehr einflussreiche Teile der AfD bilden

einen funktionalen Konnex aufgrund personeller Beziehungen bzw. Verflechtungen, ideologischer Affinität und nicht zuletzt durch gezielte finanzielle und politisch-ideelle Unterstützung und Zusammenarbeit im metapolitischen Kampf. In der Praxis kann konstatiert werden, dass die AfD teilidentisch mit der Neuen Rechten ist. Nicht zuletzt bestanden Freundschaftsverhältnisse bzw. Mitarbeit schon vor Gründung der Partei, die weitergeführt werden. Beispiele hierfür sind Götz Kubitschek und Björn Höcke (Vgl. Deutschlandfunk 2025, Min. 07:14-08:14) oder der Fall des hessischen Co-Landesvorsitzenden Andreas Lichert, der selbst Vorsitzender des IfS-Vereins war und weiterhin eine Nähe zum IfS pflegt (Vgl.: Taz 2018; Kanal Schnellroda 2023). Allerdings sind hier einige Einschränkungen vorzunehmen, die im nächsten Abschnitt erläutert werden.

4.2 Grenzen und Brüche in der Zusammenarbeit zwischen AfD und neurechtem Vorfeld

Dass die AfD eine Reconquista-Partei ist, sollte aber nicht zur simplizistischen Annahme führen, sie arbeite mit der Neuen Rechten problem- und reibungslos zusammen. Insbesondere ist bisher keine formalisierte oder koordinierte Zusammenarbeit zwischen der Gesamtpartei und den wesentlichen Kräften der Neuen Rechten bekannt. Auch kann nicht ohne Weiteres von einer weitgehenden Sympathie der AfD-Mitgliedschaft mit der Neuen Rechten ausgegangen werden. Während das neurechte Vorfeld einen anhaltenden Radikalisierungsdruck ausübt, bewegt sich die Partei im institutionell-rechtlichen Rahmen der parlamentarischen Demokratie, von dem ein beständiger Mäßigungsdruck ausgeht. Dieser umfasst:

- **Imperativ der Stimmenmaximierung**
  Er ist in der Regel mit einem Drang in die Mitte verbunden, um neue Teile der Wählerschaft anzuziehen.[6]

6 Der Drang in die Mitte ist allerdings ein relativer. Insbesondere große gesellschaftliche Krisen und Erschütterungen der Sozialstruktur können zu

- **Verfassungsmäßige Schranken**
  Die Bindung an die freiheitlich-demokratische Grundordnung wird durch das Prinzip der wehrhaften Demokratie geschützt. Parteiverbotsverfahren bzw. Entzug der staatlichen Parteienfinanzierung hängen wie ein Damoklesschwert über der AfD.

- **Institutionelle Integration**
  Die Etablierung in Parlamenten nach mehrfacher Wiederwahl kann auch das Eigeninteresse von Personen mit Mandat oder Parteiamt wachsen lassen. Waren sie eventuell ursprünglich aus grundsätzlichem Protest angetreten, haben sie nun Privilegien und finanzielle Ressourcen zu verlieren.

- **Kompromissorientierung**
  Das parlamentarische Mehrparteiensystem verlangt insbesondere für die Regierungsbildung Kompromisse, sofern absolute Mehrheiten außer Reichweite liegen.[7]

Sellners Konzeption des neurechten Lagers verlangt außerdem ausdrücklich, dass neurechtes Vorfeld, hier insbesondere die Bewegung, und AfD organisatorisch unabhängig voneinander bleiben sollen. Eine zu enge Bindung an die Partei ist nicht gewünscht, da das Vorfeld als Korrektiv wirken soll. Für provokante Vorstöße muss sie frei bleiben (Vgl. Sellner 2023, S. 220-223). Nur so kann die Radikalisierungsdynamik aufrechterhalten werden. Die Bewegung setzt bewusste Provokationen im gerade noch gesellschaftlich anschlussfähigen Grenzbereich. Anhand der öffentlichen Reaktion kann die AfD sie dann entweder dezidiert unterstützen oder die Aktionen relativieren. In dieser Rollenkonstellation kann sie sich gegenüber radikaleren Positionen der

starken Verschiebungen und Auflösung der bisherigen Mitte führen. Innerhalb solcher Prozesse kann auch eine Radikalisierung eine breite Erschließung neuer Schichten und Milieus für die eigene Partei ermöglichen.
7 Außerhalb des politischen Systems im engeren Sinne kommt der Widerstand der Zivilgesellschaft hinzu.

neurechten Bewegung als vergleichsweise gemäßigter darstellen und trotzdem den Diskurs nach rechts verschieben.

Sowohl der Mäßigungsdruck des parlamentarischen Systems als auch die organisationale Trennung zwischen Partei und Vorfeld sind Ausgangspunkt für Konflikte und Brüche. Dazu zählt der staatliche Druck durch den Verfassungsschutz und ein mögliches Parteiverbotsverfahren. Die Partei hat daher eine Unvereinbarkeitsliste mit extremistischen Organisationen beschlossen, auf der u.a. die Identitäre Bewegung verzeichnet ist (Vgl. AfD 2025a, 9). Das erschwert die Zusammenarbeit in der Praxis und führt zu öffentlichem Rechtfertigungsdruck. Auch im Streit um Sellners Remigrationskonzept kam es zu Brüchen. Am prominentesten ist die Distanzierung des AfD-Politikers Maximilian Krah, der zunächst eine enge Verbindung zum IfS gesucht hatte und gar 15 Millionen Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft potenziell remigrieren lassen wollte (Vgl. Krah 2023, S. 53-62). Mittlerweile Bundestagsabgeordneter wies er Sellners Konzept mit Verweis auf das oben erwähnte Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zurück (Vgl. Krah 2025). Der Anspruch auf strategische Führung wird auch dadurch geschwächt, dass die Bewegung im Kern auf die Identitäre Bewegung als ideologische Avantgarde beschränkt und somit keine Massenbewegung ist. Die Partei verfügt allein mit ihren nach eigenen Angaben über 73.000 Mitgliedern über eine weitaus breitere Massenbasis (Vgl. Deutschlandfunk 2026a).

Sellner betont, dass sich die Partei nicht vom neurechten Vorfeld distanzieren dürfe, um es damit im Spektrum legitimer politischer Gruppierungen halten zu können (Vgl. Sellner 2023, 209). Dieses Distanzierungsverbot hält die Partei als Ganze nicht ein. Obgleich sie eine Reconquista-Partei ist, ist sie es mit Abstrichen. Die Kooperation erfolgt eher dezentral und geht vor allem von bestimmten, aber sehr einflussreichen und führenden Personen mit Parteiamt oder Mandat bzw. ganzen Landesverbänden aus. Ein Blick auf die Entwicklung der Gesamtpartei, wie er im nächsten Abschnitt vorgenommen wird, lässt aber eine klare Tendenz erkennen.

Tabelle 2. Welche Aufgaben einer „Reconquista-Partei“ erfüllt die AfD?

Was verlangt Sellner? (Aufgabenbereiche/Instrumente)	Mit öffentlichen Quellen nachweisbar für die AfD?	Ebene Zentral = Bundespartei Dezentral = unterhalb der Bundesebene	Anmerkungen
Materielle Ressourcen für den neurechten Aktivismus			
Anstellungen, Spenden, Querfinanzierung	Ja	Dezentral	Das genaue quantitative Ausmaß der Unterstützung ist unbekannt.
Aufträge an neurechte Dienstleistungsfirmen	Ja	Zentral und dezentral	
Immobilien/Räume/Vernetzungsmöglichkeiten	Ja	Dezentral	
Securityunternehmen, Marketingbüro, Druckerei von Partei mit günstigen Konditionen für Bewegung	Nein	–	
Unterstützung der Bildung einer akademischen Gegenelite			
Unterstützung neurechter Hochschulgruppen	Nicht aktuell	Dezentral	Aktive neurechte Hochschulgruppen, die sich an der akademischen Selbstverwaltung beteiligen wollen, sind momentan nicht nachweisbar. Die personelle Vernetzung/Verflechtung mit studentischen Verbindungen ist hingegen sehr eng. Die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung erhält bisher keine staatliche Finanzierung und kann daher keine Stipendien vergeben.
Rechte Bildungszentren an Hochschulstandorten mit eigener Lehrtätigkeit	Nein	–	
Vergabe von Stipendien	Nein	–	
Politisch-ideelle Unterstützung			
Ablehnung von Regulierungen der Social-Media-Plattformen bzgl. Hate Speech/Deplatforming	Ja	Zentral und dezentral	Die AfD setzt sich ausdrücklich gegen die „Verfolgung, Ächtung und Löschung“ von Hate Speech auf Social Media ein (AfD 2025b, 132). Aus der AfD erfolgen mitunter Distanzierungen von der Neuen Rechten. Sie stehen aber unvermittelt neben Bekenntnissen und offener Zusammenarbeit auf anderen Ebenen.
Nutzung parlamentarischer Auskunftsrechte zur Aufklärung/Delegitimierung von anti-neurechten zivilgesellschaftlichen Organisationen	Ja	Zentral und dezentral	
Verbreitung/Popularisierung neurechter Narrative/Begriffe	Ja	Zentral und dezentral	
Gemeinsame, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen mit Personen aus dem neurechten Aktivismus	Ja	Dezentral	
Explizite öffentliche Unterstützung	Ja	Dezentral	

Quelle: Eigene Darstellung.

4.3 Die Tendenz zur fortgesetzten Radikalisierung der Gesamtpartei

Als jüngste der im Bundestag vertretenen Parteien durchlief die AfD eine Entwicklung, die von teils offen und heftig ausgetragenen innerparteilichen Auseinandersetzungen geprägt war. Ihre Ausrichtung war zunächst

europaskeptisch, wirtschaftsliberal und nationalkonservativ, obgleich von Anfang an auch migrationskritische und geschichtsrevisionistische Positionen eine nicht unwesentliche Rolle spielten (Vgl. Schroeder/Weßels 2023, 8-18). Ein grundlegender Konflikt betraf die Ausrichtung der Partei. Sollte sie sich eher auf schnelle Wahlerfolge und Parlamentsarbeit konzentrieren sowie die Zusammenarbeit mit CDU/CSU suchen oder sollte sie sich zunächst fern von Regierungsbeteiligungen als bewegungsorientierte Partei mit fundamentaler Opposition zur liberalen Demokratie aufstellen? Diese Unterscheidung entspricht wesentlich auch Sellners Differenzierung zwischen der Strategie des Parlamentspatriotismus und der Reconquista-Strategie.

Die Entscheidung dieser grundlegenden Frage ist anhand dreier grundlegender Ereignisse greifbar:

1. die Abwahl und der Austritt Bernd Luckes und der Sieg Frauke Petrys 2015,
2. der Austritt Petrys und der Sieg Jörg Meuthens 2017,
3. und schließlich 2022 der Parteiaustritt Meuthens.

Nur der Austritt Luckes führte dazu, dass unmittelbar darauf eine größere Mitgliederzahl die Partei ebenfalls verließ (Vgl. Niedermayer 2025, S. 13). Für die rechtsextreme, bewegungsorientierte Strömung waren es jeweils Siege, wodurch sie ihren Einfluss stark ausbauen konnte (Vgl. dazu Lewandowsky 2018; Gesellschaft für Freiheitsrechte 2026, 202-220). Seit dem Austritt Meuthens gibt es keinerlei Versuche vom Parteivorstand mehr, die rechtsextreme Strömung als Ganze zu bekämpfen, sondern sie ist zu einem integralen Bestandteil für die Parteiführung geworden (Vgl. Gesellschaft für Freiheitsrechte 2026, 221-227).

Die Befunde von Pytlas und Biehler sind in diesem Kontext hochrelevant. Laut ihrer Untersuchung verfügte die dezidiert rechtsextreme, bewegungsorientierte Strömung anfangs weder über die formale Macht im Vorstand noch konnte sie allein aus sich heraus Mehrheiten generieren. Ihre Durchsetzungsfähigkeit beruhte demnach ganz wesentlich auf *soft power*. Denn sie zeichnete

sich durch eine große Treue zu einer der Ursprungsideen der Partei aus: nämlich eine Anti-Establishmentpartei zu sein, in der die Basis entscheidet. Alle Versuche, Realismus oder Annäherung an die anderen Parteien in den Parlamenten zu erwirken, konnten so als Verrat an der Parteiidentität angeprangert werden. Die AfD zog gerade daraus, dass sie keine Partei wie die anderen sein wollte, eine enorme Anziehungskraft auf sich. Auch gemäßigtere Kräfte bedienten sich im innerparteilichen Wettbewerb einer radikaleren Rhetorik, um ihre Chancen auf einen guten Listenplatz oder ein Parteiamt zu verbessern (Vgl. Pytlas/Biehler 2024, 330-335).

Diese Erkenntnisse stützen die Annahme, dass sich eine innerparteiliche Radikalisierungsdynamik entfalten konnte und die rechtsextreme Strömung ihren Einfluss stets durch auf Zeit angelegte Bündnisse mit gemäßigteren Teilen der Partei ausbauen konnte. Diese Erklärung stimmt auch mit den Ergebnissen von Heinze und Weisskircher überein, die darauf hinweisen, dass die AfD programmatisch zwar klar zur radikal-rechten rechtspopulistischen Parteienfamilie gehöre, aber deutlich von deren Standardmodell (Zentralisierung und charismatische Führungsfigur) abweiche. Sie ist demgegenüber viel stärker von Dezentralisierung und Basispartizipation geprägt (Vgl. Heinze/Weisskircher 2021, S. 270f.). Diese Bedingungen waren grundlegend für den Erfolg der rechtsextremen Strömung, die anfangs ohne formale Macht im Bundesvorstand und ohne Mehrheit begann, die Partei zu prägen. Die Partei bewegt sich damit in einem Spannungsfeld, welches als Ergebnis der vorgenommenen Untersuchung im nächsten Abschnitt analytisch gefasst werden soll.

4.4 Die AfD als institutionalisierter Widerspruch – funktionaler Baustein der Mosaik-Rechten und Teil des parlamentarisch-demokratischen Systems

Trotz des internen Machtzuwachses der rechtsextremen Strömung in der AfD bewegt sich dieselbe weiterhin im Spannungsverhältnis zwischen dem Radikalisierungsdruck der Neuen Rechten und dem Mäßigungsdruck des parlamentarisch-demokratischen Systems. Obgleich der Bundesvorstand auf eine

Befriedung und Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Strömung setzt, gibt es weiterhin Widerstände. Das zeigt bspw. der anhaltende Machtkampf im mitgliederstärksten Landesverband Nordrhein-Westfalen (Vgl. etwa: Tagesschau 2026).

Nach wie vor besteht der innere Widerspruch, einerseits eine rechtsextreme Reconquista-Partei zu sein, die die liberale Demokratie abschaffen will, andererseits ein elektorales Angebot auch für eine regierungsfähige Parlamentspartei innerhalb der bestehenden Rechts- und Verfassungsordnung sein zu wollen. Der Zielkonflikt zwischen diesen beiden Polen ist offensichtlich, aber er ist für die gegenwärtige Entwicklung der Partei keineswegs abträglich. Denn die AfD hat gelernt, sich in diesem Widerspruch zu bewegen. Indem sie gleichsam „weder Fisch noch Fleisch“ ist, kann sie die Anziehungskraft beider Welten vereinen. Sie kann die Hoffnung nähren, eine ganz andere Partei zu sein, die eine grundlegend andere Ordnung als die liberale Demokratie realisieren will. Gleichermaßen kann sie aber weiterhin auch als Folie für eine dezidiert rechtskonservative Partei dienen, die innerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung bestimmte Milieus repräsentiert, die sich nicht mehr vertreten sehen.

Diese innere Widersprüchlichkeit steht einem weiteren Erfolg in der Wachstumsphase, in der sich die Partei immer noch befindet, nicht entgegen, sondern kann umgekehrt sogar als Treiber und Ressource verstanden werden, weil sie die Attraktivität für größere Teile der Wählerschaft erhöht. Es ist auch kein grundsätzliches Hindernis für die hier skizzierte langfristig angelegte neurechte Machtstrategie mit ihrem Primat der Metapolitik, gerade weil sie auf einem sukzessiven, kumulativen Radikalisierungsprozess aufbaut. Da sie beständig den Möglichkeitsraum in die rechtsextreme Richtung verschiebt, kann das natürlich auch den Erwartungshorizont der Wählerschaft verschieben. Zwei idealtypische Entwicklungspfade können an dieser Stelle aufzeigen, zwischen welchen Polen sich die Partei in Zukunft bewegen wird.

Die Reconquista-Strategie

Der erste Entwicklungspfad entspricht der Reconquista-Strategie von Sellner. Hier gelingt die Vermittlung des inneren Widerspruchs. Kurzfristig gibt sich die

AfD gemäßigt genug, um weitere elektorale Gewinne zu erzielen und den Zugang zu staatlichen Ressourcen zu sichern. Extreme Positionen werden taktisch dosiert und bei zu starkem Gegenwind relativiert oder zurückgenommen. Die Partei kann die Mittel der parlamentarischen Demokratie nutzen, um ihren Einfluss sukzessive auszubauen. Mittelfristig erzielt die Partei begriffliche Raumgewinne. Ihre Wahlgewinne gehen einher mit einer Normalisierung immer radikalerer rechtsextremer Positionen. Durch Übernahme von Regierungsverantwortung in den Ländern kann sie sich durch Streichung aller politischen Maßnahmen für Vielfalt und Toleranz profilieren. Gleichzeitig kann sie monieren, dass sie umfassendere Programme, wie die Remigration, wegen der aktuell nicht von ihr geführten Bundesregierung (noch) nicht durchsetzen kann. Langfristig kann sie an einer umfassenden Systemtransformation arbeiten. Sie kann demokratische Institutionen schwächen, etwa indem sie den Wahlmodus für das Verfassungsgericht ändert oder die parlamentarische Mitbestimmung einschränkt. In der Regierung bietet sich bei stärkerer zivilgesellschaftlicher Gegenwehr gegen radikalere Maßnahmen die Chance, mit der Begründung des Schutzes der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die Kompetenzen der Exekutive zu stärken. Die Blaupausen einer grundlegenden Einschränkung demokratischer Mitbestimmungs- und Kontrollinstanzen durch die Exekutive kann sie in den USA unter Trump oder in Ungarn unter Orbán finden. Dieser Entwicklungspfad erfordert von der AfD ein hohes Maß an taktischer Flexibilität und eine ihr entgegenkommende politische Lage, die weiterhin von Krisenerscheinungen der globalen Ordnung geprägt ist.

In diesem Szenario setzt sich ein kumulativer Radikalisierungsprozess fort. Die neurechte Bewegung nutzt die Krisen, um immer neue radikalere Forderungen zu stellen, die vermeintlich das deutsche Volk schützen. Ihre Verbündeten innerhalb der AfD verweisen auf die immer radikaler werdenden Forderungen und können mindestens solche durchsetzen, die bisher als zu radikal galten, aber verglichen mit den noch radikaleren Ansätzen des Vorfelds nun als opportun und „gemäßigt“ erscheinen. Neben der Wechselwirkung zwischen Partei und Bewegung wird auch die Resonanz innerhalb der Bevölkerung weiter erhöht, die sich aufgrund der Krisenlasten immer weiter für die extreme Programmatik öffnet. Diese Gesamtdynamik befördert innerhalb der

AfD wiederum die kompetitive Radikalisierung, wie sie schon vor dem jeweiligen Scheitern von Lucke, Petry und Meuthen zu beobachten war. Selbst ideologisch gemäßigtere Kräfte innerhalb der Partei versprechen sich von einem radikaleren Auftreten entscheidende Stimmen, um Ämter zu bekleiden oder bessere Listenplätze zu erhalten. Es setzt ein interner Überbietungswettbewerb darum ein, wer die extremste AfD-Politik vertritt. Der etablierte Diskurs vom Austilgen des Fremden als Lösung für die zentralen gesellschaftlichen Fragen entfaltet eine Eigendynamik. Ein politisches Klima der Zuspitzung hin zu einer existenziellen Krise Deutschlands erlaubt es der Exekutive, Maßnahmen zu treffen und sich Kompetenzen anzumaßen, die zuvor kaum denkbar erschienen. In der Folge stirbt die Demokratie und die Gewalteskalation durch radikale staatliche Maßnahmen wird zum wichtigsten Mittel staatlicher Politik.

Die Strategie der institutionellen Integration

Der zweite Entwicklungspfad entspricht einer institutionellen Integration in das parlamentarische System, nicht zuletzt aufgrund einer nicht nachlassenden demokratischen Abwehr und einer innerparteilichen Oligarchisierung. Hier folgt die Partei weiteren Schritten zur internen Professionalisierung, damit aber auch zur Abhebung des Parteiapparates von der Basis. Die Partei würde sich hier weiter nach den Erfordernissen der institutionellen Spielregeln des parlamentarischen Systems ausformen. Durch eine stärkere Verselbstständigung des Parteiapparates und durch innere Oligarchisierungsprozesse wächst das Eigeninteresse, politischen Einfluss, Privilegien, Status und Einkommen zu verteidigen. Aufgrund des massiven Widerstands in der Zivilgesellschaft und in staatlichen Institutionen zur Verteidigung demokratischer Grundwerte und -rechte erscheint der Parteiorganisation eine weitere Radikalisierung als Gefahr für die eigene Existenz. Die neurechte Bewegung wird immer mehr zur Belastung, da sie die AfD durch zu radikale Forderungen Prozentpunkte kosten könnte. Es findet ein Entfremdungsprozess zwischen neurechter Bewegung und Parteiapparat statt, der in die offene Distanzierung mündet, die konsequent zu harten innerparteilichen Sanktionsmaßnahmen führt. Eine weitere Vermittlung des Widerspruchs ist kaum noch möglich bzw. gewollt – Partei und Bewegung treten völlig auseinander. Neben der Entwicklung der globalen

politischen Lage ist dieses Szenario an zahlreiche Voraussetzungen gebunden. Die Kohäsion zwischen Partei und Bewegung muss sich als zu schwach erweisen. Die AfD-Führung muss dafür in der Lage sein, massive Konflikte mit Landesverbänden auszufechten, sie eventuell auszuschließen, und der demokratische Widerstand von anderen Kräften aus Zivilgesellschaft und den Institutionen des Staates muss anhaltend hoch sein.

Diese zwei Szenarien können als Pole eines Kontinuums verstanden werden. Dieses umfasst auch die Möglichkeit der Spaltung der AfD, insbesondere wenn die Opportunitätskosten zur Vermittlung des inneren Widerspruchs zu hoch werden gegenüber ihrem Nutzen. Für Benedikt Kaiser ist dies eine Option, auf die man in Zukunft zurückgreifen müsste, sofern nötig. Dennoch hebt er ausdrücklich hervor, dass das Prinzip der Integration und Ausweitung des Bündnisses Vorrang gegenüber der Segregation und Reduzierung haben müsse. Der größere Spielraum der AfD als Partei mit verschiedenen Strömungen wird von ihm ausdrücklich als Vorteil anerkannt (Vgl. Kaiser 2024, 70f.).

Die jüngeren Entwicklungen in der AfD zeigen allerdings einen interessanten Trend. Besonders die Bundesvorsitzende Alice Weidel stützt ihre Macht auf die Zusammenarbeit mit den dezidiert rechtsextremen Teilen der Partei. Der innerparteiliche Einfluss der rechtsextremen Strömung nimmt weiter zu, erstmals verfügte sie 2022 im Bundesvorstand über eine Mehrheit (Vgl. Gesellschaft für Freiheitsrechte 2026, 221f.). Die ideologisch in der Regel deutlich geschlosseneren ostdeutschen Landesverbände bleiben mit sechs von 14 Vorstandsmitgliedern deutlich überrepräsentiert, auch wenn sie im Vorstand zuvor gar sieben Mitglieder stellten (Vgl.: AfD o.J.; Gesellschaft für Freiheitsrechte 2026, 221f. u. 234-236). Auch die Reform der Unvereinbarkeitsliste, die ein Hindernis in der Zusammenarbeit zwischen Partei und Vorfeld darstellt, wurde beantragt. Ausdrücklich soll dabei die Bewertung der Verfassungsschutzämter nicht mehr maßgebend sein (Vgl. AfD 2026, 52-55). Der Bundesvorstand hat in dieser Frage eine Überarbeitung zugesagt (Vgl. Deutschlandfunk 2026b). Darüber hinaus spitzt sich der Machtkampf mit dem NRW-Landesvorstand zu, der bisher eine stärkere Rolle des rechtsextremen Flügels mit der Führungsfigur Matthias Helferich im Landesverband verhinderte. Der Bundesvorstand hat nun ausdrücklich auf Seiten der rechtsextremen Strömung

interveniert und prüft Parteiordnungsmaßnahmen, besonders auch gegen deren innerparteiliche Gegenseite (Vgl. Tagesschau 2026).

Während all dies klare Anzeichen für eine weitere interne Machtzunahme der rechtsextremen Kräfte innerhalb der AfD sind, tritt ein weiterer Trend hinzu: eine Professionalisierung, auch auf der Bundesebene. Durch die vorherigen Absprachen zu Personalvorschlägen, besonders durch das erwähnte Münzenmaier-Netzwerk, wird innerparteilicher Streit auf offener Bühne vermieden. Auch sind die Instrumente von Mitgliederparteitagen und Mitgliederbefragungen auf dem Rückzug (Heinze/Weisskircher 2021, 270f.). Es zeichnet sich also ein gegenläufiger Trend zur Aura der Basis-Partei ab und es sind nun vor allem rechtsextreme Kräfte, die diese Professionalisierung mit vorantreiben. Die oben beschriebene ideelle *soft power* ist insofern weniger notwendig, da sich sowohl die formellen als auch informellen Einflussmöglichkeiten innerpar-teilich stark erweitert haben. Die Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit dem Vorfeld sind noch nicht absehbar. Eine Oligarchisierung erzeugt zwar regelmäßig auch Standesdünkel und Eigeninteressen. Die Frage muss an dieser Stelle aber offenbleiben, wie sich eine innerparteilich ideologisch dezidiert rechtsextreme Oligarchie[8] verhalten würde und welche Auswirkungen das auf die Zusammenarbeit mit dem Vorfeld hätte.

8 Benedikt Kaiser spricht in diesem Zusammenhang von „organischen Politikern“, die selbst im außerparlamentarischen neurechten Mosaik aktiv waren und daher die Wichtigkeit des Vorfeldes aktiv in ihre Politik einfließen lassen. Als Beispiele nennt er Personen wie Frank Pasemann, Matthias Helferich, Christoph Berndt, Björn Höcke, Hans-Thomas Tillschneider, Roger Beckamp, Sebastian Münzenmaier und Hannes Gnauck (Vgl. Kaiser 2024, 74).

Tabelle 3. Polare idealtypische Entwicklungspfade der AfD

Dimension	Entwicklungspfad Radikalisierung	Entwicklungspfad Integration
Strategische Logik		
Grundmodell	Reconquista-Strategie: Bloße taktische Anpassung an liberale Demokratie, mittelfristige metapolitische Raumgewinne und langfristig Aushöhlung der Demokratie.	Institutionelle Integration: Der Parteiapparat möchte seinen Bestand im parlamentarischen System sichern.
Dynamiken und Voraussetzungen		
Verhältnis zum neurechten Vorfeld	Enge Arbeitsteilung: Das Vorfeld hält Radikalisierungsdynamik durch anschlussfähige Provokationen permanent aufrecht. AfD kann eigene Positionen weiter nach rechts verschieben (Ressourcenfluss in das Vorfeld).	Entfremdungsprozess bis hin zur offenen Abgrenzung: Vorfeld wird als Bedrohung für Fortbestehen der Partei angesehen (kein Ressourcenfluss in das Vorfeld).
Innerparteiliche Dynamik	Kompetitive Radikalisierung: Interner Überbietungswettbewerb um radikalere Positionen für Ämter-/Listenplätze.	Oligarchisierung: Parteiapparat wirkt auf Mäßigung der Partei und verteidigt Einfluss, Status und Einkommen.
Zentrale Voraussetzungen	Anhaltende Krisen, gesellschaftliche Offenheit für extreme Positionen und fortbestehende Verbindung von Partei und Bewegung.	Starke demokratische Gegenwehr, schwache Verbindung zum Vorfeld und eine durchsetzungsfähige Parteiführung ggü. Landesverbänden.
Ergebnis		
Folge für die Demokratie	Kumulativer Radikalisierungsprozess bis zum Abbau demokratischer Mitbestimmung und Kontrolle. Durchsetzung verfassungswidriger Maßnahmen.	Etablierung als rechtskonservative verfassungstreue Partei, die die liberale Demokratie nicht bekämpft.

Quelle: Eigene Darstellung.

5. Fazit

Die vorliegende Analyse hat gezeigt, dass die neurechten Pläne zur Überwindung der liberalen Demokratie die Errichtung eines autoritären Überwachungsstaates mit exklusivem Volksbegriff und der repressiven Durchsetzung einer nationalistischen Kultur in der Öffentlichkeit beinhalten.

Menschen, die sich dem nicht fügen wollen, sollen entweder ausgewiesen oder einem permanenten Assimilationsdruck ausgesetzt werden. Er richtet sich gleichermaßen gegen schutzbedürftige Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft wie gegen deutsche Staatsangehörige. Insbesondere Menschen mit „afro-arabischem, muslimischem Hintergrund“ sollen aus Deutschland hinausgedrängt werden, weil ihnen kriminelle, ökonomische und kulturelle Schädigung zugeschrieben wird. Darüber hinaus würde sich der staatliche Druck aber gegen alle richten, deren Lebensentwürfe nicht mit der nationalistischen Homogenisierung übereinstimmen. Individualrechte und gesellschaftlicher

Pluralismus stehen deshalb grundsätzlich zur Disposition. Dabei handelt es sich bloß um die Version, die Sellner explizit mit dem Ziel vorgelegt hat, sie als mit dem Grundgesetz vereinbar darzustellen, was ihm gleichwohl nicht gelingt. Wo genau die anschlussfähigen Provokationen enden sollen und welche gesellschaftliche Dynamik sich bei einer stetigen Verschiebung zu rechtsextremen Politikvorstellungen entwickeln könnte, dies bleiben darüber hinaus offene, aber gleichwohl notwendige Fragen.

Zur Realisierung dieses neurechten Machtprojekts schlägt Sellner eine Reconquista-Strategie vor. Darunter ist zu verstehen, dass Medien, Bildung, Kultur und Alltag von neurechten Ideen durchdrungen werden sollen. Die Hegemonie über diesen sogenannten „vorpolitischen“ Raum zu erringen, ist Aufgabe des Vorfelds und hat Vorrang gegenüber einer Regierungsbeteiligung. Die AfD soll sich daher nicht auf Repräsentation und Parlamentswahlkämpfe beschränken, sondern auch Ressourcen für den metapolitischen Kampf bereitstellen. Dazu gehören finanzielle Ressourcen, etwa durch Spenden, Anstellungen, vergünstigte Dienstleistungen. Im Bereich der Bildung soll eine akademische Gegenelite gefördert werden. Nicht zuletzt gehört aber auch die ideell-politische Unterstützung des Vorfelds dazu: die Etablierung neurechter Kampfbegriffe wie „Remigration“ oder „Bevölkerungsaustausch“ in der politischen Debatte, der Angriff auf die anti-neurechten Teile der Zivilgesellschaft durch parlamentarische Anträge/Auskunftsmittel sowie die Vermeidung einer offenen Distanzierung vom extremeren Vorfeld.

Tatsächlich übernimmt die AfD wesentliche Funktionen einer Reconquista-Partei, indem sie die Ressourcen einer erfolgreichen parlamentarischen Partei auch dem Vorfeld zugutekommen lässt. Insbesondere trägt sie zur Finanzierung der neurechten Szene bei und solidarisiert sich mit dem neurechten Aktivismus. Darüber hinaus flankiert sie die Szene politisch-ideell etwa mit der Forderung, Hate Speech in sozialen Medien nicht zu sanktionieren, greift die Zivilgesellschaft, die sich neurechten Politikvorstellungen entgegenstellt, frontal an und verteidigt von Neurechten besetzte Begriffe (bspw. „Remigration“) in der öffentlichen Debatte. In der außerparteilichen akademischen Nachwuchsförderung ist sie bisher aufgrund mangelnder staatlicher Finanzierung blockiert, kann das aber zum Teil durch Angehörige von Burschenschaften

kompensieren, die zum Teil sehr einflussreiche Positionen in der Partei übernehmen.

Wesentlich ist aber folgende Einschränkung: Die Unterstützung des Vorfeldes erfolgt in der Regel dezentral, sie geht meist von Parteiuntergliederungen bis hin zu ganzen Landesverbänden oder Führungspersonen der AfD aus, die Bundespartei geht jedoch in offiziellen Beschlüssen mitunter auf Distanz zu neurechter Ideologie. Das Nebeneinander von Teilabgrenzung und dezidierter öffentlicher Unterstützung ist geradezu charakteristisch für die Partei.

Sie vereinigt daher einen grundsätzlichen Widerspruch in sich. Einerseits ist sie eine rechtsextreme Bewegungspartei im Reconquista-Modus, andererseits ist sie eine Parlamentspartei, die sich verfassungs- und rechtstreu gibt, um Regierungsverantwortung zu übernehmen. Bisher hat ihr diese Zwittergestalt keineswegs geschadet, da sie sowohl jene anzieht, die die liberale Demokratie durch eine autoritär-ethnonationalistische Ordnung ersetzen wollen, als auch jene, die sich durch sie als rechtskonservative politische Kraft im verfassungsgemäßen parlamentarischen System wieder vertreten sehen. Denkbar wären idealtypisch sowohl eine weitere Radikalisierung, besonders wenn die gesellschaftlichen Krisen virulent bleiben, als auch eine Oligarchisierung mit einer Führungsschicht, die sich aufgrund anderer Interessen (Besitzstandswahrung, Bedürfnis nach Anerkennung im bestehenden System, politische Mäßigung) vom Vorfeld zunehmend entfremdet.

Die Entwicklung ist bisher aber empirisch als kumulativer Radikalisierungsprozess zu beschreiben. Insbesondere gibt es auf der Bundesebene keine grundsätzlichen Ambitionen mehr, gegen die innerparteiliche rechtsextreme Strömung vorzugehen. Im Gegenteil: Die Vorsitzende Alice Weidel stützt ihre Macht u.a. auf diese Kräfte.

6. Literatur- und Quellenverzeichnis

6.1 Primärquellen

Neue Rechte: Szeneliteratur und Web-Inhalte

- Ein Prozent (2022): Webinhalt vom 07.06.2022: (Link) (abgerufen am 28.03.2026).
- Ein Prozent (2026): Webinhalt ohne Datum: (Link) (abgerufen am 25.01.2026).
- Kaiser, Benedikt (2022): Die Partei und ihr Vorfeld. Schnellroda.
- Kanal Schnellroda (2023): IfS-Sommerfest-Podium AfD: (Link) (abgerufen am 20.08.2026).
- Krah, Maximilian (2023): Politik von Rechts. Ein Manifest. Schnellroda.
- Sellner, Martin (2023): Regime Change von rechts. Eine strategische Skizze. Schnellroda.
- Sellner, Martin (2024): Remigration. Ein Vorschlag. Schnellroda.

AfD

- AfD (2021): Deutschland, aber normal. Bundestagswahlprogramm der AfD für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag (Link) (abgeru-fen am 26.09.2026).
- AfD (2024): Wie die AfD den Begriff „Remigration“ definiert. Positionspa-pier vom 29. Januar 2024: (Link) (abgerufen am 21.02.2026).
- AfD (2025a): Unvereinbarkeitsliste (Stand 08.12.2025): (Link) (abgerufen am 31.01.2026).
- AfD (2025b): Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutsch-land für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag: (Link) (abgerufen am 20.08.2026).
- AfD (2026): Antragsbuch zum 17. Bundesparteitag der AfD in Erfurt 04. bis 05. Juli 2026: (Link) (abgerufen am 18.08.2026).
- AfD (o.J.): Webinhalt zum aktuellen Bundesvorstand: (Link) (abgerufen am 21.08.2026).
- AfD Sachsen-Anhalt (2026): Das Land zuerst. Regierungsprogramm der AfD Sachsen-Anhalt zur Landtagswahl 2026 (Link) (abgerufen am 26.09.2026).
- Berndt, Christoph (2024): Rede von Dr. Christoph Berndt zum Wahl-kampfauftakt am 19.07.2024 in Werder: Youtube-Kanal „AfD Branden-burg“: (Link) (abgerufen am 28.03.2026).
- Gnauck, Hannes (2021): X-Posting vom 01.11.2021: (Link) (abgerufen am 18.01.2026).
- Haseloff, Daniel (2026): Instagram-Post vom 26.01.2026: (Link) (abgerufen am 01.03.2026).
- Höcke, Björn (2022): Rede auf der Demonstration „Zwickau heizt ein“ am

02.12.2022: Youtube-Kanal „Der blaue Kanal“, (Link) (abgerufen am 17.01.2026).
- Krah, Maximilian (2025): Volk, Staat und Gesellschaft im Wandel (Vortrag): (Link) (abgerufen am 25.02.2026).
- Münzenmaier, Sebastian (2026): Strategiepapier „Ländliche Raumnahme“. März 2026: (Link) (abgerufen am 10.04.2026).

Offizielle Dokumente/Inhalte

- Bayerisches Staatsministerium für Kunst und Wissenschaft (2020): Antwort auf die Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Schuberl und Bozoglu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13.05.2020 (Drs. 18/7368): (Link) (abgerufen am 25.01.2026).
- Bundesministerium des Innern (2026): Verfassungsschutzbericht 2025. Berlin.
- BVerwG (2025): Urteil vom 24.06.2025, 6 A 4.24, (Link) (; abgerufen am 29.03.2026).
- Deutscher Bundestag (2025): Mitarbeiter, (Link) (abgerufen am 17.01.2026).
- Deutscher Bundestag (2026): (Link) (abgerufen am 26.09.2026).
- Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz (2025): Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Carl-Bernhard von Heusinger und Lisett Stuppy BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 18/13537): (Link) (abgerufen am 10.04.2026).
- Landesregierung Brandenburg (2025): Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Sven Hornauf (BSW) vom 07.07.2025 (Drs. 8/1388):

(Link) (abgerufen am 24.01.2026).
- Landtag Brandenburg (o.J.): Webinhalt zur AfD-Fraktion: (Link) (abgerufen am 17.01.2026).

Medienberichte

- Deutschlandfunk (2025): Doku-Serie „Deutsches Denken – Rechte Intellektuelle in der Bundesrepublik“ 4/4: (Link) (abgerufen am 20.08.2026).
- Deutschlandfunk (2026a): Online-Artikel vom 09.03.2026: (Link) (abgerufen am 15.08.2026).
- Deutschlandfunk (2026b): Online-Artikel vom 04.07.2026: (Link) (abgerufen am 18.08.2026).
- Tagesschau.de (2024a): Online-Artikel vom 12.03.2024: (Link) (abgerufen am 28.03.2026).
- Tagesschau.de (2024b): Online-Artikel vom 28.11.2024: (Link) (abgerufen am 18.01.2026).
- Tagesschau.de (2026): Online-Artikel vom 20.07.2026: (Link) (abgerufen am 15.08.2026).
- T-online (2025): Online-Artikel vom 07.06.2025: (Link) (abgerufen am 17.01.2026).
- Taz (2018): Online-Artikel vom 22.10.2018: (Link) (abgerufen am 20.08.2026).
- Taz (2025): Online-Artikel vom 28.07.2025: (Link) (abgerufen am 17.01.2026).

6.2 Fachliteratur

- Adorf, Philipp (2026): Metapolitical Architects? The Far-Right Vorfeld and the Radicalization of the AfD. In: German Politics and Society, Issue 149 Vol. 44, No. 1, 41-68.

- Büttner, Finn u.a. (2026): Der Anti-NGO-Diskurs: Kleine Anfragen - große Wirkung? (Opuscula, 205). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft: (Link) (abgerufen am 15.08.2026).
- Freeden, Michael (2006): Ideology and political theory, Journal of Political Ideologies, 11:1, 3-22.
- Funke, Hajo (2024): AfD-Masterpläne. Die rechtsextreme Partei und die Zerstörung der Demokratie. Eine Flugschrift. Hamburg.
- Gesellschaft für Freiheitsrechte (2026): Ist die AfD verfassungswidrig? Gutachten zur Verfassungswidrigkeit der Partei „Alternative für Deutschland“ nach Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes. Berlin.
- Gessenharter, Wolfgang (2004): Im Spannungsfeld. Intellektuelle Neue Rechte und demokratische Verfassung. In: Gessenharter, Wolfgang/Pfeiffer, Thomas (Hrsg.): Die Neue Rechte – Eine Gefahr für die Demokratie? Wiesbaden 2004, 31-49.
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2019): „Umvolkung“ und „Volkstod“. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia. Ulm.
- Havertz, Ralf (2008): Der Anstoß. Botho Strauß’ Essay „Anschwellender Bocksgesang“ und die Neue Rechte. Eine kritische Diskursanalyse. Band I. Berlin.
- Heinze, Anna-Sophie (2022): „Dealing with the populist radical right in parliament: Mainstream party responses toward the Alternative for Germany“, European Political Science Review, 14(3), 333–350.
- Heinze, Anna-Sophie/Weisskircher, Manes (2021): No strong leaders Needed? AfD party organisation between collective leadership, Internal democracy, and ″movement-Party″ strategy. In: Politics and Governance (2021), 9 (3), 263-274.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung. Berlin.
- Kellersohn, Helmut (2024): Das rechtsextreme „Remigrations“-Projekt. In: Journal des Duisburger Instituts für Sozial- und Sprachforschung (DISS-Journal) vom 06.06.2024. (Link) (abgerufen am 22.03.2026).

- Keßler, Patrick (2018): Die "Neue Rechte" in der Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus? Protagonisten, Programmatik und Positionierungsbewegungen. Münster.
- Kleinert, Hubert (2018): Die AfD und ihre Mitglieder. Eine Analyse mit Auswertung einer exemplarischen Mitgliederbefragung hessischer Kreisverbände. Wiesbaden.
- Knüpfer, Curd/Klinger, Ulrike (2025): „In-Groups and Outrage: How Narratives and Affect Shape Digital Surrogate Networks and Radicalize Right-Wing Parties“. In: Connective Action and the Rise of the Far-Right: Platforms, Politics, and the Crisis of Democracy, Oxford University Press, S. 122–145.
- Langebach, Martin/Raabe, Jan (2016): Die >Neue Rechte< in der Bundesrepublik Deutschland. In: Virchow u.a. (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden, S. 561-590.
- Lewandowsky, Marcel (2018): Alternative für Deutschland (AfD), in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden, S. 161–170.
- Niedermayer, Oskar (2025): Parteimitglieder in Deutschland, (Link) (abgerufen am 01.02.2026).
- Pfahl-Traughber, Armin (2020): „Die AfD ist (mittlerweile) eine rechtsextremistische Partei. Eine Einschätzung aus demokratietheoretischer Sicht“, Sozial Extra, 44, S. 87–91.
- Pytlas, Bartek/Biehler, Jan (2024): The AfD within the AfD: Radical Right Intra-Party Competition and Ideational Change. In: Government and Opposition (2024), 59, 322-340.
- Schilk, Felix (2024): Die Erzählgemeinschaft der Neuen Rechten. Bielefeld.
- Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (2020): „Die Alternative für Deutschland. Eine gefährliche Kraft im gesellschaftlichen Wandel“, *Sozial Extra* 44, 97–101.

- Schroeder, Wolfgang/Weßels, Bernhard (2023): Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024. Frankfurt a.M.
- Terizakis, Georgios/Denker, Kai (2025a): 3. Was ist die Neue Rechte. In: Knopp, Vincent u.a. (Hrsg.): Rechtsextreme Meme. Eine praxisorientierte Einführung für die Polizei und Sozialwissenschaften. Bielefeld, 31-35.
- Terizakis, Georgios/Denker, Kai (2025b): 2. Der Forschungsgegenstand Rechtsextremismus. In: Knopp, Vincent u.a. (Hrsg.): Rechtsextreme Meme. Eine praxisorientierte Einführung für die Polizei und Sozialwissenschaften. Bielefeld, 23-29.
- Weiß, Volker (2017): Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart.